

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Reform der Lehrkräfteausbildung im neuen Landesinstitut (BLiQ) braucht Transparenz und Qualität

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird im Rahmen der Neugründung und Strukturierung des Berliner Landesinstituts für Qualifizierung und Qualitätsentwicklung (BLiQ) dazu aufgefordert, eine Neuausrichtung des Berliner Vorbereitungsdienstes zu gewährleisten, die nicht zu Lasten der Qualität der Ausbildung zukünftiger Lehramtsanwärter*innen geht und in einem transparenten Verfahren erarbeitet wird.

Der Senat wird in diesem Zusammenhang zu folgenden Handlungen aufgefordert:

- Ein transparentes Verfahren zur Neuausrichtung des Vorbereitungsdienstes einzuführen, bei dem alle Beteiligten (insbesondere Schulen, Fach- und Hauptseminarleitungen, Lehramtsanwärter*innen) einbezogen werden und die Zivilgesellschaft durch regelmäßige Berichte im Bildungsausschuss informiert wird.
- Die Betonung der fachdidaktischen Ausbildung am neuen Landesinstitut sicherzustellen, d. h. die systematische Beschäftigung mit fachdidaktischen Fragestellungen und der intensive Austausch darüber.
- Klare und den Aufwand honorierende Aussagen zu Anrechnungs- und Ermäßigungsstunden für Ausbildungslehrkräfte zeitnah zu treffen. Insbesondere muss zeitnah transparent gemacht werden, nach welchen Kriterien ehemalige Fachseminarleiter*innen mit Stunden an das neue Landesinstitut abgeordnet werden oder ausschließlich an ihren Schulen arbeiten. Auch muss klar geregelt werden, in welchem Umfang ausbildende Lehrkräfte für Vertretungsunterricht eingesetzt werden können, um die Ausbildungsaufgaben im Schulalltag leisten zu können.

- Keine Einsparungen von Lehrkräftestellen und -stunden in der Ausbildung angehender Lehrkräfte vorzunehmen, um die Qualität des Vorbereitungsdienstes sicherzustellen.
- Verpflichtende Fortbildungen für Ausbildungslehrkräfte einzuführen, um eine Angleichung von Standards, die die modulare Ausbildung vermittelt, und Standards, die an den Unterricht an den Ausbildungsschulen gestellt werden, zu gewährleisten.
- Die fachliche Ausbildung und Begleitung von Lehramtsanwärter*innen mit Fächern, für die keine Ausbildungslehrkräfte an der Ausbildungsschule oder Nachbarschule sind, nachvollziehbar zu planen und sicherzustellen.
- Am BLiQ Raum und Zeit für Austausch und Reflexion der Lehramtsanwärter*innen untereinander und an den Schulen Betreuung durch die Ausbildungslehrkräfte zu gewährleisten, z. B. durch in den Stundenplänen verankerte Besprechungsinseln o. ä., die nicht als Vertretungsreserve genutzt werden dürfen.
- Kleine Gruppengrößen in der modularisierten Ausbildung am neuen Landesinstitut einzuplanen, um Lehramtsanwärter*innen einen geschützten Raum für Austausch und Reflexion zu ermöglichen.
- Adressatenorientierte Module einzuführen, die sich schwerpunktmäßig an Lehramtsanwärter*innen wenden, um Nachteile aufgrund fehlender Praxiserfahrung von Lehramtsanwärter*innen bei der bisher geplante Zielgruppenöffnung zu vermeiden.
- Schulübergreifende Beratungs- und Coachingangebote für Lehramtsanwärter*innen eines Faches am neuen Landesinstitut zu installieren, sodass angehende Lehrer*innen der Einblick in andere Schulen und Schulformen ermöglicht wird. Hier könnten die mobilen Fachbegleitungen eingesetzt werden.
- Schulexterne Ansprechpartner*innen für Lehramtsanwärter*innen bereitzustellen, um Probleme mit dem Einsatz in der Ausbildungsschule oder mit der Ausbildungslehrkraft lösen zu können. Diese Funktion könnten auch die mobilen Fachbegleitungen ausüben.
- Die Erhöhung der Unterrichtsstunden von sieben auf zehn zurückzunehmen, die Lehramtsanwärter*innen seit diesem Schuljahr geben müssen, damit auch weiterhin Zeit für Hospitationen insbesondere bei den Ausbildungslehrkräften und begleiteteter Unterricht möglich ist.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Mai 2025 zu berichten.

Begründung

Durch die Einrichtung des Berliner Landesinstituts für Qualifizierung und Qualitätsentwicklung (BLiQ) soll die Lehrkräfteaus-, -fort- und -weiterbildung neu ausgerichtet und qualitativ verbessert werden. Die Neuausrichtung und Modularisierung ist grundsätzlich positiv zu sehen. Es ist jedoch zu befürchten, dass sie misslingt und die Qualität der Lehrkräfteausbildung sinken wird, weil der Abdeckung des Unterrichtsbedarfs höhere Priorität eingeräumt ist. So droht sich die Abwanderung von angehenden Lehrkräften aus Berlin zu beschleunigen.

Das intransparente Vorgehen der Senatsverwaltung für Bildung bei der Neuausrichtung des Vorbereitungsdiensts trägt dazu bei, das Vertrauen in die Berliner Bildungspolitik weiter zu erschüttern: Weder angehende Lehramtsanwärter*innen noch Lehrkräfte, Schulleitungen und Ausbilder*innen wussten über Monate, wie die Ausbildung von angehenden Lehrer*innen zukünftig gestaltet werden würde. Die hiermit verbundenen Planungsunsicherheiten führten und führen zu großem Unmut bei allen an der Lehrkräfteausbildung Beteiligten. Haupt- und Fachseminarleitungen wurden nicht breit in die Planungen für einen neuen Vorbereitungsdienst eingebunden, was die fehlende Wertschätzung für ihre fachliche Expertise und langjährige Erfahrung offenlegt. Auch dem Austausch mit aktuellen Lehramtsanwärter*innen wurde kaum Gewicht beigemessen.

Die Bildungssenatorin hat diese Situation in Kauf genommen. Zahlreiche Gerüchte wurden weder richtiggestellt noch bestätigt und die mit den Änderungen im Vorbereitungsdienst betrauten Personen ihres Ressorts wurden über Monate angewiesen, Auskünfte zu verweigern und zugesagte Termine abzusagen.

So wurde die Chance verpasst, alle am Vorbereitungsdienst Beteiligten einzubinden, um ihre Expertise für eine fundierte Neustrukturierung der zweiten Ausbildungsphase zu nutzen. Wieder droht ein funktionierendes System in der Berliner Bildungslandschaft zerschlagen statt weiterentwickelt zu werden. Dem kann der Senat nur durch ein transparentes Verfahren entgegenwirken, in das alle Beteiligten endlich einbezogen werden und in dem auch die Zivilgesellschaft regelmäßig informiert wird.

Nach bisherigen Erkenntnissen plant die Senatorin, Hauptseminare durch eine modularisierte Begleitung am neuen Landesinstitut zu ersetzen, Fachseminare abzuschaffen und dafür Ausbildungslehrkräfte u. a. an den Ausbildungsschulen zu installieren. Diese sollen Lehramtsanwärter*innen in ihrem Unterricht besuchen und beraten. Die Anrechnungsstunden der zurzeit ca. 800 Fachseminarleiter*innen in Berlin sollen zugunsten der Abdeckung des Unterrichtsbedarfs an den Schulen genutzt werden; zudem wurde zu diesem Schuljahr die Unterrichtsverpflichtung der Referendar*innen erhöht.

Das Signal, ausgerechnet bei der Lehrkräfteausbildung Lehrer*innenstellen einsparen zu wollen, ist angesichts des derzeitigen Fachkräftemangels fatal und offenbart in frappierender Weise die Kurzsichtigkeit der geplanten Neustrukturierung. Diese Schwerpunktsetzung wird zwangsläufig zu Ungunsten der fachlichen Qualität der Berliner Lehrkräfteausbildung gehen, individuelle Begleitung wegen des hektischen Schulalltags erschweren und einen vertrauensvollen Austausch mit Mitreferendar*innen in kleinen Gruppen unmöglich machen. Die Berliner Lehrkräfteausbildung wird somit weiter an Attraktivität und massiv an Qualität einbüßen und den Mangel an gut ausgebildeten Lehrkräften in Berlin mittel- und langfristig erhöhen. Daher muss die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung von Referendar*innen unverzüglich zurückgenommen werden. Einsparungen von Lehrkräftestellen in der Ausbildung angehender Lehrkräfte müssen dringend vermieden werden.

Um die zukünftige Unterrichtsqualität angehender Lehrkräfte zu gewährleisten, darf die fachdidaktische Ausbildung zudem nicht an die Ausbildungslehrkräfte in den Schulen delegiert werden, weil diese bereits die unterrichtspraktische Ausbildung und Beratung leisten müssen. Außerdem darf Betreuung, Beratung und Coaching von Lehramtsanwärter*innen keine zusätzliche Aufgabe für Lehrkräfte an den Schulen werden, die genauso zusätzlich zu erledigen ist wie etwa die Organisation von Klassenfahrten. Um Anrechnungs- und Ermäßigungsstunden in einem den Aufwand honorierenden Umfang festlegen zu können, müssen Schulleitungen und aktuelle Fachseminarleitungen endlich ins Boot geholt werden.

Zuletzt muss am BLiQ die fachdidaktische Ausbildung in adressatenorientierten Modulen explizit für angehende Lehrkräfte in kleinen Gruppen gewährleistet werden.

Berlin, den 7. Januar 2025

Jarasch Graf Krüger
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen